

## Presseinformation

Nr. 293 / 2014

Kiel, Freitag, 27. Juni 2014

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Energie / EEG-Reform

### Oliver Kumbartzky: Ein bundesweites Netzentgelt ist notwendig

Zur heutigen Verabschiedung der EEG-Novelle durch den Bundestag erklärt der energiepolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Die erste von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel fabrizierte Reform, die in Wirklichkeit ein EEG-Reförmchen ist, ist bereits vor seiner Verabschiedung im Deutschen Bundestag gescheitert. Es ist vollkommen unerklärlich, warum der Bundeswirtschaftsminister nicht auf die frühzeitigen Hinweise der EU-Kommission eingegangen ist, dass der Import von Strom aus erneuerbaren Energien von der EEG-Umlage befreit werden sollte. Stattdessen ignoriert der Minister die Warnungen und schaltet auf stur. Er versucht nun von seinem Fehlverhalten abzulenken, indem er populistisch und ungerechtfertigt auf die EU-Kommission schimpft. Er hält anscheinend Kritik an seinem Gesetzesentwurf für Majestätsbeleidigung. Mit diesem eigenwilligen Kurs gefährdet die Bundesregierung die weitere Förderung der Erneuerbaren Energien in Deutschland und die für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie so wichtigen Rabatte.

Dem heute im Bundestag verabschiedeten Entwurf zur EEG-Reform hätte so nicht zugestimmt werden dürfen. Herr Gabriel hätte die Abstimmung zum Wohle des Landes verschieben sollen. Wir brauchen endlich eine Debatte über einen neuen Weg bei der Förderung der Erneuerbaren Energien, die mit EU-Recht vereinbar ist. Zudem muss über alternative Modelle, wie beispielsweise das Quotenmodell zur Förderung der Erneuerbaren Energien, gesprochen werden.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Probleme, die bei der Energiewende zu lösen sind. So belasten die regional unterschiedlichen Netzentgelte die Verbraucher in Schleswig-Holstein überproportional stark. Die FDP-Landtagsfraktion spricht sich deshalb für ein bundeseinheitliches Netzentgelt aus. Einen entsprechenden Antrag haben wir in das kommende Plenum eingebracht.“